

## **Kein Kind zurücklassen – Kompetenz für Integration und Inklusion**

**Vortrag bei der Landesintegrationskonferenz, Potsdam, 5.11.2010**

**Alfred Roos, RAA Brandenburg**

### **I. Einleitung**

Als Potsdamer Einwohner darf ich mit einem Satz aus dem Berliner Integrationskonzept beginnen:

"Bei aller Unterschiedlichkeit in der öffentlichen Debatte (über Integration) scheinen drei Positionen unbestritten:

1. Zur Integration von Migranten in die aufnehmende Gesellschaft gehören ausreichende deutsche Sprachkenntnisse.
2. Bei den Migranten wird die Bereitschaft vorausgesetzt, Deutsch zu erlernen und die Grundwerte einer demokratisch verfassten Gesellschaft anzuerkennen.
3. Zur Integration gehört eine kulturelle Offenheit und eine grundsätzliche Toleranz für andere Kulturen in der Aufnahmegesellschaft."

Dieser Leitsatz für das Berliner Integrationskonzept "Integration durch Bildung" ist – folgen wir der aktuellen Diskussion - so unumstritten nicht.

Es ist nicht nur die Freude an der Provokation, die Sarrazin geritten hat, es ist nicht nur das Schielen auf die Umfragewerte bei Seehofer. Die Debatte über die Nichtverträglichkeit des Islam mit der freiheitlich demokratischen Verfassung und ihrer vorgeblich christlich-jüdischen Tradition wird uns noch länger beschäftigen.

Die Verknüpfung der Verfassungsordnung mit der behaupteten kulturellen Identität der Tradition des Staatsvolkes ist demokratiethoretisch ein dramatischer Fehlgriff, weil er politische und kulturelle Freiheitsrechte, gegebenenfalls auch soziale Grundrechte, bestimmten Gruppen einräumt und für andere Gruppen ausschließt. Nichts anderes tut die Leitkulturdebatte. Sie schließt in demokratisch nicht akzeptabler Weise soziale Gruppen aus. Sie ist – wenn man die Debatte Politik werden lässt – demokratie- und damit verfassungsfeindlich. Der Vorwurf ist starker Tobak, aber wer sich politisch zu Wort meldet, der muss auch die Konsequenzen sehen und beachten. Anders gesagt: Das Grundgesetz gilt unabhängig vom religiösen Bekenntnis – es gilt sogar für seine Gegner.

Nebenbei ist die Verdrehung der jüdisch-christlichen Tradition, die ja tatsächlich die Wiege unserer Demokratie- und Menschenrechtsauffassung darstellt, in eine christlich-jüdische Tradition geschmacklos. Für Christen, die ihre Tradition kennen, ist klar, dass den Juden das Erstgeburtsrecht gehört. Sie können auch damit leben, dass sie zunächst als jüdische Sekte gestartet sind.

### **II. Integration, Assimilation und Inklusion**

Uneinigkeit herrscht in der politischen Debatte nach wie vor über die Frage, ob Integration am ehesten als **Assimilation** oder neuerdings als **Inklusion** beschrieben wird:

Spannend ist diese Diskussion, weil sich hinter dieser Diskussion eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über das Bild verbirgt, das wir von unserer Gesellschaft haben:

- Wird Integration verstanden als Anpassung von Individuen und Gruppen an ein vorgegebenes Modell im Sinne der Assimilation<sup>1</sup>, also ist Integration gleichsam als Bringschuld der Zugewanderten?
- Oder wird Integration wie im brandenburgischen Landesintegrationskonzept verstanden "als ein langjähriger gegenseitiger Prozess (...), der Einzelpersonen aus ethnischen Gruppen auf allen gesellschaftlichen Ebenen chancengleiche Teilhabe ermöglicht, ohne von den Zugewanderten eine Assimilation im Sinne einer Aufgabe der eigenen kulturellen Identität zu verlangen, und der Anforderungen an die Zugewanderten, aber auch an die Aufnahmegesellschaft stellt"?<sup>2</sup>
- Oder wird Integration eher verstanden als Inklusion, d.h. mehr aus der Blickrichtung der strukturellen Integration (Inklusion in gesellschaftliche Funktionssysteme wie Bildung, Beschäftigungssystem, soziale Sicherungssysteme und Politik) (Filsinger 2008)?

Hinter diesen Fragestellungen hängen Bilder, die wir benutzen, um den Zustand unserer Gesellschaft zu beschreiben.

In den letzten Jahren haben diese Diskussionen zumeist unter dem Begriff der Leitkultur gestanden. Diese Diskussion ist parteipolitisch ziemlich aufgeladen. Aber sie macht den Stellenwert deutlich, der dem Begriff der Integration zukommt.

Um einiges aus der Diskussion über die Leitkultur aufzunehmen, plädiere ich dafür über **demokratische Integration** zu sprechen:

(1) Integration findet nicht im luftleeren Raum statt. Eine Gesellschaft wie die Bundesrepublik, die Menschenrechte, Demokratie und Chancengleichheit als Fundamente des eigenen Selbstbildes beschreibt, wird sich daran messen können und müssen, wie es gelungen ist, ihre zukünftigen Bürgerinnen und Bürger zu integrieren. Dies betrifft gleichermaßen nachwachsende Generationen wie zugewanderte Bewohnerinnen und Bewohner. Die Anerkennung, als Gleiche/r unter Gleichen alle politischen Rechte wahrnehmen und alle Ämter des politischen Gemeinwesens anstreben zu können, gilt als Zentrum jeglicher Integrationsanstrengung.<sup>3</sup> Nachdem die Bundesrepublik sich als Einwanderungsland bekannt und damit ein wenig an Wirklichkeitseinsicht gewonnen hat, kann die demokratische Integration gar kein anderes Ziel haben. Politik, die demokratische Integration verfolgt, muss demnach die Voraussetzungen schaffen, um die Wahrnehmung von demokratischen politischen Rechten - schnellstmöglich - zu gewährleisten. Unter diesem Gesichtspunkt stellt die Förderung von Beteiligung in allen gesellschaftlichen Teilbereichen ein Instrument der Zielerreichung dar.

<sup>1</sup> Alba/Nee (2004: 22) halten im Blick auf die USA weiterhin am Assimilationsbegriff fest: "Das Modell der Assimilation vermutet einen fortschreitenden, typischerweise intergenerativen Prozeß der sozioökonomischen, kulturellen und sozialen Integration in den Hauptstrom der Gesellschaft, d.h. in jenen Teil der amerikanischen Gesellschaft, in dem rassische oder ethnische Abstammung allenfalls geringe Auswirkungen auf die Lebenschancen eines Individuums hat." Sie zeigen, dass es durchaus Sinn macht, am Assimilationsbegriff festzuhalten, wenn das Selbstbild der Gesellschaft entsprechend existiert: Sowie sich im Einwanderungsprozess die Individuen verändern, so verändert sich die Gesellschaft (und ihr Selbstbild) mit den Einwanderern. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft steter Veränderung durch Einwanderung - eine solche Selbstsicht steckt in Deutschland noch in den Kinderschuhen.

<sup>2</sup> Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer im Land Brandenburg. Kabinettsbeschluss vom 7. Mai 2002 im Internet unter: [www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php?id=35956&\\_siteid=7](http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php?id=35956&_siteid=7).

<sup>3</sup> Dies bestätigen die Debatten über das (kommunale) Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer und die Einbürgerung: Ist die Einbürgerung das Ende des Integrationsprozesses oder ist das Wahlrecht und die Einbürgerung (wie in den USA) ein wesentlicher Schritt zur Integration, quasi deren Voraussetzung?

(2) *Demokratische Integration* ist nicht beliebig. Sie kennzeichnet eine gesellschaftliche Übereinkunft, dass gesellschaftliche Veränderungen nur demokratisch vollzogen werden können. Es braucht einerseits keine *Leitkultur*, andererseits ist der Grundsatz der politischen Gleichheit Aller nicht mehr verhandelbar, Mehrheitsprinzip *und* Minderheitenschutz sind konstitutiv und die Geltung von Grundrechten mehr oder weniger in Stein gemeißelt.

(3) Der Begriff *Demokratische Integration* stellt die Offenheit des Gemeinwesens in den Mittelpunkt. Die demokratische und offene Gesellschaft wird gestaltet und ist gekennzeichnet durch die Organisation und Vertretung von Interessen, Werthaltungen und Überzeugungen, die öffentliche Auseinandersetzung um Zielsetzungen, die friedliche Austragung von Konflikten. Integration heißt damit Beteiligung an der Zukunft der gemeinsamen Gesellschaft. Pluralismus und Heterogenität sind Voraussetzungen für die Veränderung und Weiterentwicklung der Gesellschaft.

(4) Eine *demokratische Integration* fordert die Stärkung der Chancen demokratischer Beteiligung zugunsten derjenigen, die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden wollen. Politik und Verwaltung bedürfen deshalb einer interkulturellen Offenheit, gegebenenfalls einer Öffnung, um die Partizipationsmöglichkeiten sensibel zu unterstützen und nicht zu konterkarieren.

### **III. Kompetenz für Integration und Inklusion.**

Ob eine Gesellschaft als inklusiv beschrieben werden kann, hängt also davon ab, ob sie es den Zugewanderten leicht macht, volle gleichberechtigte Bürger/innen zu werden. Sie kann dies in zweierlei Weise tun: Sie kann

1. die Anpassungsanforderungen an die Zugewanderten möglichst minimieren, indem sie die Zugangsbedingungen zu allen Rechten möglichst niedrig hängt, d.h. Zugewanderte müssen sich sehr wenig der Gesellschaft anpassen, oder sie kann
2. möglichst viel unternehmen, um die Integration der Zugewanderten zu ermöglichen: durch Förderprogramme, durch die Schaffung von Anreizen, durch gute Bildung usw.

Alle Einwanderungsgesellschaften können danach beschrieben werden, wie sie beide Aspekte miteinander verbinden.

Das Urteil, wie inklusiv unsere Gesellschaft ist, wie stark sie die Integration fördert, richtet sich sehr nach der politischen Einstellung des Betrachters. Objektiv, d.h. in der Vergleichsperspektive sind wir verglichen mit den klassischen Einwanderungsländern sehr wenig inklusiv. Da wir aber aus der Kanzlerinnenperspektive kein Einwanderungsland sind, müssen wir uns auch nicht nach den USA oder Kanada richten.

Inklusion und Integration spielen aber nicht nur eine Rolle auf der großen politischen Ebene, wo Gesetze gemacht werden und Nationale Integrationsgipfel veranstaltet werden. Die Frage, wie inklusiv eine Gesellschaft ist, richtet sich auch an alle Einrichtungen, mit denen Zugewanderte zu tun haben. Und hier sind wir in der unserer wirklichen Wirklichkeit angelangt.

Wie inklusiv ist unser Bildungssystem? Mehr noch: wie inklusiv sind Kitas, Schulen und Einrichtungen der Jugendarbeit?

Voraussetzungen eines inklusiven – d.h. für Eingewanderte – einladendes und offenes Bildungssystem braucht bei den Akteurinnen und Akteuren, also Schul-, Kita,- und Jugendclubleitern, Erzieherinnen und Lehrkräften, nicht zuletzt den Kindern und Jugendlichen, die in der jeweiligen Einrichtung sind,

- eine hohe interkulturelle Kompetenz,
- Sensibilität für die verschiedenen Voraussetzungen der Kinder und Jugendlichen,
- Die Kompetenz, Verschiedenheit so berücksichtigen und managen zu können, dass kein Kind zurückbleibt und nicht das folgende Bild die Wirklichkeit widerspiegelt.

#### **IV. Interkulturelles Lernen in Brandenburg**

Wer in Brandenburg Angebote interkultureller Bildung unterbreitet, der wird in der Regel auf eine von zwei Reaktionen treffen.

(1) Interkulturelle Bildung brauchen wir in Brandenburg nicht. In einem Bundesland, in dem – ich zitiere einen Mitarbeiter aus der politischen Verwaltung wörtlich – „die Ausländerbeauftragte jeden Ausländer mit Handschlag begrüßen kann“, es also kaum „Ausländer“ gäbe, sei interkulturelle Kompetenz nicht so wichtig. Die Idee hinter dieser Aussage ist: Wo viele „Ausländer“ sind, gibt es viele Konflikte zwischen ihnen und der autochthonen ("alteingesessenen", "einheimischen") Bevölkerung. Interkulturelle Kompetenz heißt dort: unnötige Konflikte vermeiden und mit trotzdem auftretenden Konflikten kompetent, also friedfertig, umzugehen.

(2) Die zweite Reaktion lautet: Gerade im Osten braucht es besonders viel interkulturelle Bildung, weil es im Osten nach wie vor sehr viel Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt gegen „Ausländer“ gibt. Interkulturelle Bildung fördert Toleranz und Weltoffenheit und führt so zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

#### **V. Interkulturelles Lernen in der Jugendarbeit?**

Die "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der internationalen/interkulturellen Jugendarbeit im Land Brandenburg", also die Förderrichtlinie des Landesjugendamts, stellt den Zusammenhang her, in dem interkulturelles Lernen gefördert wird. Es sind internationale Begegnungen, in denen (und durch die) interkulturelle Bildung geschieht. Dies bedeutet nicht, dass nicht interkulturelles Lernen auch im Bereich außerschulischer Bildung gefördert werden kann, ohne dass eine internationale Begegnung stattfindet. Aber die Titel der Richtlinien sind ein Indiz für die vorherrschende Auffassung von der Theorie und Praxis interkultureller Bildung. Interkulturelle Bildung in der internationalen Jugendbegegnungsarbeit kann auf gute Erfahrungen in der Jugendverbandsarbeit über mehrere Jahrzehnte zurückblicken, erfolgreich evaluiert und methodisch up to date.

#### **VI. Interkulturalität in der Jugendarbeit?**

Die interkulturelle Begegnung in der heimischen Jugendarbeit ist dabei eher die Ausnahme. Die Arbeitsteilung in der Jugendhilfe im Bereich der Jugend- und Jugendsozialarbeit hat dazu geführt, dass es auf der einen Seite regelmäßige Jugendarbeit mit autochthonen Jugendlichen gibt, auf der anderen Seite die Jugendarbeit mit zugewanderten Kindern und Jugendlichen - oder Kindern zugewanderter Eltern -, häufig geprägt durch einen defizitorientierten Blick und die entsprechende sozialarbeiterische Praxis. Eine Begegnung zwischen diesen beiden Praxen findet - aus meiner Sicht - kaum statt. So wenig in der bundesdeutschen Wirklichkeit allgemein die milieuorientierte Jugendsozialarbeit und die klassische Jugendverbandsarbeit zueinander finden, so wenig finden

im Besonderen die auf Jugendliche mit Migrationshintergrund ausgerichtete Jugendarbeit und Jugendarbeit der Jugendverbände zu einander. Aus Sicht der außerschulischen Jugendbildung sind interkulturelle Methoden wichtig in der internationalen Begegnungsarbeit, kaum aber in der alltäglichen Praxis. Damit soll das Bemühen von Akteuren gar nicht in Abrede gestellt werden, aber der Blick der klassischen Jugendverbandsarbeit ist nicht auf entsprechend neue Zielgruppen ausgerichtet, sieht man einmal von klassischen Programmen wie "Integration durch Sport" ab. Wir finden die letztendlich trennende Arbeitsteilung zwischen Sozialarbeit für und mit jugendlichen Migrantinnen und Migranten auf der einen und der Jugendverbandsarbeit auf der anderen Seite wieder in der Trennung z.B. bei den kirchlichen Organisationen: Die Jugendmigrationsdienste sind bei Caritas oder Diakonie angesiedelt, die Jugendarbeit bei den kirchlichen Jugendverbänden.

## **VII. Interkulturalität in der Schule?**

Die kritische Bemerkung in Bezug auf die Nachfrage nach interkultureller Bildung in Ostdeutschland beruht vor allem auf Erfahrungen der RAA Brandenburg in der Arbeit mit Schulen. Hier finden wir in besonderer Weise einen Widerspruch zwischen der einerseits hohen Nachfrage nach "interkulturellen Projekten" und der andererseits oben schon genannten Auffassung, dass "unsere Schüler" mangels hoher Zuwandererzahlen sowieso nicht in die Verlegenheit kommen, interkulturelle Kompetenz zeigen zu müssen. Einerseits sehen sich die Schulen genötigt, etwas gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu tun, indem Projekttag und Aktionen veranstaltet werden, andererseits ist der Umgang mit Vielfalt als Thema der Lehrerfortbildung oder gar als Frage der Schul- und Unterrichtsgestaltung kein sonderlich nachgefragtes Thema. So haben wir als RAA die eigenartige Situation eine stetige Nachfrage nach interkulturellen Projektwochen beantworten (und über die Landesmittel finanzieren) zu sollen, andererseits mit einer hohen Ausdauer die Schulen und Lehrkräfte zu finden, denen der Umgang mit Verschiedenheit im Unterricht und in der Schule eine interessierende Frage ist.

## **VIII. Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Naivität**

Dabei unterliegen die Hoffnungen auf die Leistung von einzelnen Projekttagen und Projektwochen einer in unserer Gesellschaft recht allgemein verankerten pädagogischen Naivität. So wie z.B. der Besuch von Gedenkstätten der Verbrechen des NS-Systems zur Bekämpfung von rechtsextremen Einstellungen taugen soll, so soll die "Begegnung mit dem Fremden" oder das Kennenlernen "ausländischer Speisen" fremdenfeindliche Einstellungen zurückdrängen und Toleranz fördern. Diese pädagogische Naivität, die in den letzten Jahren sowohl von Trägern, wie den RAA in den verschiedenen Bundesländern als auch von der pädagogischen Wissenschaft kritisiert worden ist, herrscht in der wirklichen Wirklichkeit immer noch vor. Insbesondere dann, wenn symbolische Aktivitäten entfaltet werden müssen. Nicht selten sehen sich sogar Träger unter Druck, diese Nachfragen mit großem Unbehagen bedienen zu müssen. Abgesehen davon, dass es fragwürdig ist, wenn ausgerechnet Migrantinnen und Migranten eingesetzt werden, um Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen, so als sei es die Aufgabe von Juden, den Antisemitismus in Deutschland zu bekämpfen, es ist mehr als fragwürdig, Referentinnen und Referenten mit Migrationshintergrund nach Brandenburg gleichsam zu importieren, um eine Begegnungsmöglichkeit zwischen "Einheimischen" und "Fremden" zu ermöglichen. Die Begegnung soll die Perspektivenübernahme und damit das Verstehen der anderen Kultur fördern, so die Annahme der „Begegnungspädagogik“. Allerdings besteht dabei die Gefahr, dass damit auch Stereotype und Klischees transportiert und multipliziert werden, indem einzelne Personen als Repräsentantinnen der gesamten Herkunftskultur wahrgenommen werden und Eigenschaften und Handlungen Einzelner auf Alle ("Chinesen", "Afrikaner", "Deutsche", "Schwarze", "Sachsen" oder "Inder") reproduziert werden. Im schlimmsten Fall werden „Differenzerfahrungen“ und Vorurteile verstärkt.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> vgl. Kenngott, E.-V. & Steil, A.: Fremdheit als Problem moralischen Lernens, S. 105-141 sowie Scherr, A.: Interkulturelle Pädagogik



Häufig erreicht damit das gut Gemeinte das Gegenteil des Gewollten: Was sollen Kinder und Jugendliche in der Projektwoche lernen, wenn sie schwarze Menschen nur als Trommler kennen lernen: dass die "Schwarzen eben Musik im Blut" haben und alle Schwarzen deshalb trommeln? Wir sollten uns also fragen, wie wir Zugewanderte in die pädagogische Arbeit integrieren. Warum werden Zugewanderte nicht als Wasserbauingenieur oder Wirtschaftswissenschaftlerin wahrgenommen und befragt, sondern stets als "fremdkulturell"?

Die Kritik an diesen Ansätzen hat dazu geführt, dass Interkulturelles Lernen als Antwort auf rechtsextreme Einstellungen und fremdenfeindliche Mentalitäten in den letzten Jahren häufig in Frage gestellt worden ist.

## **IX. Das Unbehagen am interkulturellen Lernen**

Wie kritisch man auch immer zu den unterschiedlichen Ansätzen steht, deutlich ist das Übergewicht der westdeutschen Perspektive. Ein Großteil der interkulturellen Ansätze, insbesondere Ansätze der „Begegnungspädagogik“, verfehlen im Land Brandenburg die beabsichtigte Wirkung, da Begegnungen mit den oder dem „Fremden“ nur unter Beachtung spezifischer Bedingungen die gewünschten Erfolge bringen. Michaela Glaser und Peter Rieker vom Deutschen Jugendinstitut fassen im Rekurs auf Allport die Bedingungen für erfolgreiches interkulturelles Lernen in Begegnungen folgendermaßen zusammen:

1. die beteiligten Gruppen sollten in der Kontaktsituation statusgleich sein;
2. die Beteiligten sollten ein gemeinsames Ziel verfolgen;
3. dieses Ziel sollte durch Kooperation zwischen Angehörigen der verschiedenen Gruppen realisiert werden;
4. der Kontakt zwischen den Angehörigen der verschiedenen Gruppen sollte durch Autoritäten, Normen oder Gewohnheiten unterstützt werden.<sup>5</sup> Interkulturelles Lernen kann demnach z.B. in internationalen Begegnungen stattfinden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen sind. Interkulturelle Begegnungen in alltäglichen Situationen (Kita, Schule, Vereine) sind dagegen in Brandenburg häufig nicht möglich, da ein interkultureller Kontakt (im Sinne der Begegnung von Angehörigen unterschiedlicher ethnischer Gruppen oder Religionsgemeinschaften) eher die Ausnahme ist. Der Import von „Fremdheit“, z. B. durch die Einladung eines „Afrikaners“ zum Trommelworkshop führt dagegen häufig zur oben beschriebenen Verstärkung von Stereotypen.

Besonders schön beschrieben finden wir das Unbehagen mit den genannten pädagogischen Ansätzen in der Evaluation des anonymisierten Modellprojekts eines befreundeten Vereins durch das Deutsche Jugendinstitut:

Es ging in dem Projekt darum, dass Schülerinnen und Schüler und Migranten persönlich kennen lernen und begegnen sollten.

*"Um zu vermeiden, dass die Migranten auf ihre ethnisch-kulturelle Herkunft reduziert und exotisiert werden, kündigt das Projekt den Schulen an, dass sie durch Experten für ein bestimmtes Fachgebiet besucht werden und dass diese Experten dann mit den Jugendlichen arbeiten."*

*"Zu einer geradezu paradoxen Ausgangssituation hat das Bemühen der Projektverantwortlichen geführt, Kulturalisierungen zu vermeiden. Obwohl allen Beteiligten klar war, dass es im Projekt um Migration, Migranten in Deutschland und um Fremdenfeindlichkeit geht, wurde im Rahmen der Ankündigungen und zum Teil auch der Programmplanung versucht, den Fokus auf den Beruf oder die Tätigkeit der Referenten zu verschieben. Dies hatte nicht nur zur Folge, dass Jugendliche sowie Lehrerinnen und Lehrer mitunter verwirrt oder verunsichert waren und sich schlecht informiert fühlten."*

- (k)eine angemessene Reaktion auf Rechtsextremismus, S. 42-55. In: Stender, W.; Rohde, G. & Weber, T. (Hrsg.): Interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit. Projekterfahrungen und theoretische Beiträge. 2003.

<sup>5</sup> Glaser, M. & Rieker, P.: Interkulturelles Lernen als Prävention von Fremdenfeindlichkeit. Ansätze und Erfahrungen in Jugendbildung und Jugendarbeit. 2006, S. 22.

*"...sowohl von den Schülerinnen und Schülern als auch von den Lehrenden (wurde) die Gelegenheit zur persönlichen Kontaktaufnahme und die Berichte der Refererierenden zu ihren persönlichen Erfahrungen als Highlights des Projekts bezeichnet."<sup>6</sup>*

## **X. Die Förderung interkultureller Kompetenz in Regionen mit wenig Zugewanderten**

Die Zuwandererzahlen im Ost-West-Vergleich erklären leicht, warum interkulturelles Lernen in Ostdeutschland unter anderen Voraussetzungen stattfindet als im Westen der Republik. In Brandenburg beträgt der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung 2,6 %. Allerdings täuscht diese Zahl über die Realität bezüglich der Situation bei Kindern und Jugendlichen hinweg. Der Mikrozensus 2007 zeigt: 4,8 % der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern haben einen Migrationshintergrund, in Brandenburg sind es fast 6 %. Unter den 0-5jährigen Kindern haben in den neuen Bundesländern inzwischen über 10 % einen Migrationshintergrund und 14 % der Familien, also jede siebte Familie. Dabei sind die regionalen Unterschiede in den brandenburgischen Kommunen sehr groß. Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, Karin Weiss, folgert: "Da Brandenburg Zuwanderinnen und Zuwanderer nicht flächendeckend untergebracht hat, sondern sie in verschiedenen Ansiedlungsschwerpunkten Wohnung fanden, zeichnet sich allerdings ein regional sehr unterschiedlicher Bedarf ab. Während es z.B. Kindertagesstätten gibt, in der es überhaupt keine Zuwandererkinder gibt, gibt es wieder andere, die von 15 bis über 20 % von Kindern mit Migrationshintergrund berichten. Dies betrifft Schulen natürlich genauso."<sup>7</sup> Obwohl wir damit weit von den Zuwandererzahlen in den westdeutschen Großstädten und Berlin entfernt sind, müsste das Thema in den ostdeutschen Bundesländern doch prominenter platziert sein als es heute der Fall ist. Im Blick auf die Kompetenzdebatte (nach PISA und den anderen Vergleichsstudien) gilt die Ausrede der geringen Zuwandererzahlen nicht mehr. Interkulturelle Kompetenz gehört zu den Schlüsselkompetenzen, die Jugendliche in ihrer Bildungsbiographie erwerben müssen. Im Wortlaut der OECD heißt dies: Jugendliche brauchen die soziale Kompetenz, in heterogenen Gruppen agieren zu können, und das bedeutet: Sie brauchen die Fähigkeiten, gute und tragfähige Beziehungen aufbauen und unterhalten zu können, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum Bewältigen und Lösen von Konflikten. Sie müssen dazu die Perspektiven anderer übernehmen können, Vorstellungen und Ziele (demokratisch) aushandeln und miteinander kooperieren, mit Diversität und Differenz konstruktiv umgehen und Konflikte fair lösen; Empathie, Solidarität und Verantwortung gegenüber anderen zeigen. Das heißt aber, dass die Förderung interkultureller Kompetenz jenseits von Projekttagen und interkulturellen Festveranstaltungen als Querschnittsaufgabe von Kita, Schule und Jugendarbeit verstanden werden muss.

## **XI. Demokratie statt Integration? Oder: Man wird es doch (noch) mal sagen dürfen!**

Der Sarrazin hype hat nicht nur dazu geführt, dass das Thema Integration erneut an die erste Stelle der öffentlichen Agenda rückte und der verschreckte Potsdamer Bürger sich bundesweit im Fernsehen hör- und sichtbar darüber echauffieren konnte, wie sehr er sich (in Potsdam!) durch den Islam bedroht sieht und das nirgendwo laut sagen könne, sondern auch dazu, dass aus der linken Szene das "Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung" deutliche Worte in Richtung Sarrazin und Unterstützer gefunden, die leider - aus meiner Sicht - über das Ziel kräftig hinauschießen.<sup>8</sup> "Demokratie statt Integration" ist der Aufruf übertitelt, der mit über 3.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern (24.10.2010) viele bekannte und weniger bekannte Akteure aus der wissenschaftlichen, politischen und sozialen Praxis vereint. Der Spitzensatz lautet:

<sup>6</sup> Glaser, M. & Rieker, P., 80ff

<sup>7</sup> Weiss, K: Migration, Integration und Bildung im Land Brandenburg, in: Weiss, K. und Roos, A. (Hg.): Neue Bildungsansätze für die Einwanderungsgesellschaft, Freiburg 2010

<sup>8</sup> [www.demokratie-statt-integration.kritnet.org](http://www.demokratie-statt-integration.kritnet.org)

"Die Rede von der Integration ist eine Feindin der Demokratie." Ein Satz, den offensichtlich einige Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, deren Funktion oder Verband den Begriff "Integration" durchaus im Namen führt, überlesen haben. Warum halte ich diesen Aufruf für an dieser Stelle verfehlt? Er ignoriert, dass gelingende und misslingende Integration mit mehr zusammen hängt als mit Demokratie. Integration beschreibt eine Leistung der Zugewanderten, die umso höher zu bewerten, wenn sie die Integration in eine Gesellschaft schaffen, die so wenig einladend, so wenig inklusiv ist, wie die bundesdeutsche Gesellschaft. Wir werden weiterhin über Integration in eine demokratische Gesellschaft und durch demokratische Beteiligung sprechen müssen, da beide Begriffe aus meiner Sicht in der heutigen Gesellschaft aufeinander angewiesen sind. Nicht umsonst interpretiert das aufmerksame Feuilleton die Debatte um Sarrazin als die Debatte einer verunsicherten Gesellschaft, die selbst Angst vor Desintegrationserscheinungen hat, sei es die Desintegration sozialer Milieus, deren sichtbarer Ausdruck Segregation und Unterschichtung ist und deren erste Opfer zunächst wirtschaftlich, sozial und politisch deklassierte Zuwanderergruppen sind. Dass das Unbehagen von Menschen, die selbst von Deklassierung bedroht sind, durch den mittelständisch geprägten Karneval der Kulturen der Welt oder interkulturelle Wochen verschwindet, dürfte niemand behaupten wollen.